

Plädoyer für eine institutionalisierte Öffentlichkeitsarbeit

Mein Plädoyer möchte ich mit einer kurzen Beschreibung der Breitenwirkung meines Papiers einleiten:

Als ich die „Ideen und Vorschläge zur Lösung der europäischen Krise“ erstmals einem kleinen Publikum vorstellte, lautete ein bedenkenswerter Hinweis zum Stellenwert des 45seitigen Textes sinngemäß, dass solche Strategiepapiere und Programmatiken eigentlich besser in Partei- oder Gewerkschaftszentralen aufgehoben seien und sich eigentlich nur dort sinnvoll daran weiterarbeiten ließe.

Dies ist, wenn man so will, inzwischen geschehen. Der Text wurde am 8.Juni von *Rudolf Hickel*, *Johann Günther König* und *Margareta Steinrücke* mit einem „offenen Brief“ versehen und als PDF-Datei an Mitglieder der Dienstleistungsgewerkschaft *Verdi* und auf Veranlassung von Rudolf Hickel an einen Adressatenkreis des *Bremer Instituts für Arbeit und Wirtschaft* geschickt. In dem Brief wurde darum gebeten, den Text weiteren Personenkreisen zukommen zu lassen. Nach Auskunft von Johann Günther König ist die Datei auch einigen Abgeordneten des EU-Parlamentes zugeleitet worden. Ich selbst habe den Rundbrief und die Datei an einige NGO's (wie z.B. an Robin WOOD und den BUND) weitergeleitet.

Über die *tatsächliche* Breitenwirkung meiner Arbeit kann ich allerdings nur spekulieren. Zwei Aspekte sind jedoch auffällig:

- Zwischen den Aussagen des Agenda-Materials und der Streitschrift *Europa geht auch solidarisch!* bestehen, wie ich gezeigt habe, auffällige Gemeinsamkeiten.
- Und auch zwischen den Adressatengruppen (Verdi und Arbeitskreis Alternative Wirtschaftspolitik) und dem Autorenteam gibt es Überschneidungen. So ist nicht ganz auszuschließen, dass Mitarbeiter/innen, Hilfskräfte oder vielleicht sogar einige der Autor/inn/en Einblick in meine Ausarbeitung genommen oder diese zumindest registriert haben.

Wie dem auch sei, mir selbst ging es jedoch nicht darum, eine *Streitschrift* zu verfassen, sondern inhaltliches Material für offene *Briefaktionen* und die Entwicklung einer *zukunftsweisenden Agenda* bereitzustellen.

Meine bisherigen Überlegungen zur politischer Einflussnahme, die ich in meiner Einleitung (vgl. S.5-9) dargelegt habe, scheinen mit Aussagen übereinzustimmen, wie sie inzwischen etwa *Hans-Jürgen Urban* in seinem oben erwähnten Diskussionsbeitrag in der TAZ vom 19.9. 2016 geäußert hat. Zitat:

„Was die EU jetzt braucht, ist eine Elite, die ohne austeritätspolitische Scheuklappen Bilanz zieht und aus der Selbstkritik eine neue Erzählung für ein neues Europa entwirft. (...) Doch klar ist auch: Elitelernen (damit ist wahrscheinlich gemeint, dass manche Eliten auch aus ihren Fehlern lernen können, M.Z) ersetzt nicht Bürgerbewegung. Die Proteste, aus denen Formationen wie Syriza in Griechenland und Podemos in Spanien hervorgingen, bieten Anknüpfungspunkte für eine zivilgesellschaftliche Bewegung gegen Austerität. Sie brauchen ergänzende Bewegungen *in den EU-Kernstaaten*. *Und sie müssen reale Wege der Einflussnahme auf politische Entscheidungen eröffnen*. Anders dürfte sich die Frustration über neoliberales Eliteversagen nicht demokratieverträglich kanalisieren lassen.“ (Herv. M.Z.)

Wie könnten nun aber solche „realen Wege der Einflussnahme“ aussehen? Wie also könnte z.B. von der sehr kleinen „Gegenöffentlichkeit“, die sich bei Attac und anderen Gruppierungen zusammenfindet, eine größere Breitenwirkung ausgehen?

Mein Vorschlag dazu lautet:

Um den Weg für eine breitere Öffentlichkeit zu ebnen, die sich für ein solidarisches und postkapitalistisches Europa einsetzt, sind aus meiner Sicht *zwei Wirkrichtungen* erforderlich: eine, die *von unten* her ansetzt und von NGO's, Basisgruppen, regionalen Foren etc. ausgeht, und eine zweite, die *von oben nach unten* ver-

b.w.

läuft und von engagierten Experten eingeschlagen wird: Hochschullehrer/innen und Publizist/inn/en, dem Spitzenpersonal von Gewerkschaften und Parteien, aber auch von EU-Parlamentariern und Angehörigen anderer EU-Institutionen. Dazu ein Beispiel: *Sven Giegold*, Mitbegründer von Attac und seit 2009 Abgeordneter im EU-Parlament, berichtet regelmäßig über Vorgänge und Entscheidungsprozesse in der EU, die von hochrangiger und weitreichender Bedeutung sind. Außerdem nimmt er dazu regelmäßig Stellung und leitet seine Blogbeiträge an interessierte Leser weiter. So gesehen enthält aber seine gleichsam „von oben herab“ durchgeführte Öffentlichkeitsarbeit bereits wichtige Anhaltspunkte für meinen Vorschlag.

Es wäre nun aus meiner Sicht wünschenswert, wenn diese beiden Wirkrichtungen, die auch Hans-Jürgen Urban anspricht, sich in Zukunft stärker ergänzen bzw. *synergetisch* verstärken würden. Dazu aber wäre eine *intermediäre, zivilgesellschaftliche Institution* auf „mittlerer Ebene“ erforderlich, die zwischen beiden Wirkrichtungen vermittelt und gleichzeitig an der Basis als „Kristallisationspunkt“ wirksam ist.

Konkret hieße dies: Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, das Institut Solidarische Moderne (und ggf. weitere kritisch-alternative Thinktanks), Gewerkschaftsvertreter/innen, verschiedene NGO's aus den Sparten Menschenrechte, Ökologie, Gesundheit, Dritte Welt usw., das Netzwerk Attac sowie die Internetplattformen campact und wemove.eu gründen gemeinsam ein *Büro für deutsch-europäische Angelegenheiten* bzw. einen *Pressedienst für ein solidarisches Europa* – eine Institution, die auf aktuelle politische Vorgänge mit pointierten Pressemitteilungen, Stellungnahmen und Lösungsvorschlägen einzugehen vermag. Die Aufgabe dieser Institution bestünde dann darin, zeitnah und womöglich noch häufiger, als dies bei offenen Briefen und Petitionen der Fall ist, auf politische Entwicklungen *positiv* und/oder *negativ* zu reagieren. Außerdem sollte dieser Pressedienst die Aufgabe übernehmen, mit Statements zu *intervenieren*, d.h. diese sowohl „nach oben hin“ den jeweiligen Entscheidungsträgern zuzuleiten als auch „nach unten hin“ unter Basisgruppen, regionalen Foren und den o.g. Organisationen zu verbreiten. Dabei käme es darauf an, auf der Grundlage einer *gemeinsamen* Agenda nicht erst *ex post* kritische Bilanzen zur Europapolitik zu veröffentlichen, sondern Alternativvorschläge *rechtzeitig, ad hoc* oder auch *ex ante* einzubringen.

In diesem Modell ist vorgesehen, dass Menschen, die sich der „zivilgesellschaftlichen Bewegung“ zugehörig fühlen, sich nicht nur als „Empfänger von Nachrichten“ verstehen, sondern selbst als aktiver „Sender“ betätigen und sich bei besonders dringlichen Angelegenheiten an das Büro bzw. den Pressedienst wenden können. Darüber hinaus würde den Basisgruppen und regionalen Foren die Aufgabe zufallen, die jeweiligen Nachrichten und Stellungnahmen kritisch zu prüfen, in geeigneter Form aufzuarbeiten und vor Ort zu verbreiten (etwa durch Aushänge, Plakate, Flugblätter, Weiterleitung an die regionale Presse und Parteibüros).

Dieser Vorschlag, sich ein neues „Sprachrohr“ zu verschaffen, das zugleich gegen den ausufernden Rechtspopulismus gerichtet ist, wirft allerdings eine Reihe von Fragen und Vorbehalten auf: Wie lassen sich komplizierte Sachverhalte einfacher und verständlicher formulieren? Wem könnte man eine solche Öffentlichkeitsarbeit zutrauen und zumuten? Wer würde sie überhaupt übernehmen wollen und welche Organisationen würden sich dazu bereit erklären, eine derartige Arbeit anteilig zu finanzieren? Lassen sich hierfür bereits vorhandene Arbeitszusammenhänge und Ressourcen erschließen? Könnten sich daran womöglich auch Institutionen wie die Bundeszentrale für politische Bildung (bzw. ihre Landeszentralen) oder Einrichtungen wie der Europa Punkt Bremen beteiligen? Wer könnte das Arbeitsteam fachlich begleiten und beraten? Wer autorisiert die Stellungnahmen?... Fragen über Fragen.

Gleichwohl meine ich, dass es an der Zeit ist, sich über eine *konkrete* Öffentlichkeitsarbeit für ein solidarisches Europa Gedanken zu machen und diesen Vorschlag vor Ort und ebenso bundesweit geeigneten Ansprechpartner/innen, Gruppierungen und Organisationen zu unterbreiten.